

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Beantragung und Gewährung von Rechtsschutz durch das Bundesverwaltungsgericht

Wir verarbeiten Ihre Daten für die Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens sowie ggf. eines Prozesskostenhilfverfahrens. Rechtsgrundlagen dieser Verarbeitung sind u.a. Art. 6 Abs. 1 Buchst c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. f) der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung - DS-GVO), die Verwaltungsgerichtsordnung, das Verwaltungsverfahrensgesetz, das Bundesdatenschutzgesetz, das Bundespersonalvertretungsgesetz, die Wehrdisziplinarordnung und die Wehrbeschwerdeordnung.

Ihre Daten werden nach Verstreichen der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht.

Grundsätzlich haben Sie bezüglich der Sie betreffenden Daten nach der DS-GVO folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung der Daten und für die Ausübung Ihrer Rechte ist das Bundesverwaltungsgericht, Postfach 10 08 54, 04008 Leipzig, post@bverwg.bund.de.

Sie können auch den Datenschutzbeauftragten zu allen Fragen zu Rate ziehen, die mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß den Vorschriften über den Datenschutz im Zusammenhang stehen. Der Datenschutzbeauftragte ist dabei zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter:

Der Datenschutzbeauftragte des Bundesverwaltungsgerichts, Postfach 10 08 54, 04008 Leipzig, datenschutz@bverwg.bund.de

Zudem können Sie sich auch mit einer Beschwerde an die für den Datenschutz zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstraße 30, 53117 Bonn